

– im Übrigen ganz im Gegensatz zum angelsächsischen Raum – gespielt hat. Zum anderen ist es die Innovativität vieler Beiträge, die das Buch empfehlenswert macht. Wenn die Herausgeber im Vorwort schreiben, sie seien, soweit ihnen das zustehe, „ein wenig stolz“ auf diese Veröffentlichung, so möchte man ihnen voll beipflichten.

Helke Stadtland

Neues zur Geschichte im Westen: Ministerpräsidenten, Identitäten und Partizipation in Nordrhein-Westfalen

Dieter Düding: Heinz Kühn 1912–1992. Eine politische Biographie, Essen: Klartext Verlag 2004, 456 Seiten, 22,90 €.

Stefan Marx: Franz Meyers 1908–2002. Eine politische Biografie, Essen: Klartext Verlag 2004, 532 Seiten, 27,90 €.

Ulrich von Alemann/Peter Brandenburg: Nordrhein-Westfalen. Ein Land entdeckt sich neu, Köln: Kohlhammer 2000, 288 Seiten, 29,50 €.

Andreas Kost: Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Genese, Programm und Wirkungen am Beispiel Nordrhein-Westfalen, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 1999, 217 Seiten, 21,50 €.

Während Regierungschefs auf Bundesebene auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt der Öffentlichkeit in Erinnerung verhaftet bleiben, geraten Landespolitiker, selbst wenn sie das Amt eines Ministerpräsidenten bekleidet haben, in Deutschland rasch in Vergessenheit. Wer heute nach den bisherigen Ministerpräsidenten des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen fragt, erhält selbst bei allgemeinpolitisch Interessierten oftmals nur eine bis zu Johannes Rau zurückreichende Antwort. Dessen fünf Amtsvorgänger sind jedoch einem Großteil der Landesbevölkerung unbekannt. Umso stärker ist es zu begrüßen, dass mit Franz Meyers und Heinz Kühn gleich zwei nordrhein-westfälische ‚Landesväter‘ in umfangreichen wissenschaftlichen Biographien der Vergessenheit entrissen wurden, die als Regierungschefs insgesamt zwei Dekaden lang – von 1958 bis 1978 – die Regierungspolitik Nordrhein-Westfalens geprägt haben. Besondere Bedeutung kommt den beiden Publikationen aber nicht nur aus biographischer, sondern auch aus allgemeiner historiographischer Perspektive zu, bildete der Wechsel vom Christdemokraten Meyers zum Sozialdemokraten Kühn doch das Ende einer – mittlerweile ebenso in Vergessenheit geratenen – fast ununterbrochenen 20-jährigen CDU-Dominanz in Nordrhein-Westfalen und den Auftakt zu 39 Jahre währenden Regierungsära der Sozialdemokratie, die mit der SPD-Wahlniederlage im Mai 2005 ein Ende fand.

Nach einer kurzen Übergangsphase durch den von den britischen Alliierten eingesetzten parteilosen Verwaltungsfachmann Rudolf Amelunxen (1946–1947), der sich als letzter Oberpräsident der preußischen Provinz ‚Westfalen‘ für dieses Amt qualifiziert hatte, begann 1947

unter dem CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold (1947–1956) die fast zwei Jahrzehnte andauernde Zeitspanne, in der die Christdemokraten die stärkste politische Kraft Nordrhein-Westfalens stellten. Arnold, zuvor Oberbürgermeister in Düsseldorf, war der erste nordrhein-westfälische Ministerpräsident, der aus freien Wahlen hervorging. Er galt als Mitbegründer der CDU, verkörperte stets deren christlich-sozialen Arbeitnehmerflügel und geriet nicht zuletzt aufgrund divergierender ordnungspolitischer Vorstellungen gegenüber Konrad Adenauer immer wieder in Gegensatz zum Bonner Kanzler. Zunächst in einer ‚großen Koalition‘ mit SPD und Zentrum, dann in wechselnden Koalitionen mit Zentrum und Liberalen betrieb Arnold einen Konsolidierungskurs des jungen Bundeslandes. Seine Regierung stürzte, als an der Jahreswende 1955/56 die FDP im so genannten ‚Jungtürken-Aufstand‘ aus der gemeinsamen Regierungskoalition ausscherte und gemeinsam mit der Sozialdemokratie eine neue Regierungsmehrheit formierte. Die nordrhein-westfälische CDU, die aus der vorangegangenen Landtagswahl als stärkste Partei hervorgegangen war, stand dieser Entwicklung weitgehend passiv und konzeptlos gegenüber. Die Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Fritz Steinhoff blieb jedoch eine kurze, auf die Jahre von 1956–1958 begrenzte Episode. Bei der Landtagswahl 1958 – deren Wahlkampf noch von Karl Arnold geführt worden war, der aber eine Woche vor dem Wahltermin verstarb – erreichte die CDU die absolute Mehrheit. In der Nachfolgefrage setzte sich Franz Meyers gegen alle innerparteilichen Kontrahenten durch und wurde zum neuen Ministerpräsidenten gewählt.

Jener heute weitgehend in Vergessenheit geratene CDU-Politiker Franz Meyers wird von dem Windecker Historiker Stefan Marx in einer auf seiner Dissertation basierenden, ausführlichen biographischen Arbeit porträtiert. Der im Jahr 1908 in kleinbürgerlichen Verhältnissen geborene Polizistensohn Meyers hatte sich nach der Schulzeit in Mönchengladbach und dem Studium in Freiburg und Köln zunächst als Rechtsanwalt in seiner Heimatstadt Mönchengladbach niedergelassen, aber bereits früh sein Interesse für die Kommunalpolitik bekundet. 1948 begann er, sich als ‚sachkundiger Bürger‘ im Kultur- und Bauausschuss der Stadt Mönchengladbach zu engagieren. Es folgte ein rasanter Aufstieg in der Politik. Bereits zwei Jahre später, nach der Landtagswahl 1950, wurde er in das Düsseldorfer Parlament gewählt, in dem er sich als Experte für Kommunalrecht und gefragter Debattenredner rasch einen Namen machte. Im Februar 1952 rückte er auf kommunaler Ebene – nach dem Tod des Oberbürgermeisters Peter Nonnenmühlen, mit dem er auch seine Anwaltspraxis geteilt hatte – in den Stadtrat von Mönchengladbach nach und wurde sogleich zum neuen Oberbürgermeister gewählt. Keine drei Monate später ließ er die kommunalen Amtsgeschäfte indes schon wieder ruhen, da er von Karl Arnold als Innenminister in das nordrhein-westfälische Kabinett berufen wurde. Im Mittelpunkt seiner Ministertätigkeit stand eine große Verwaltungsreform, die eine Reduzierung der Erlasse und eine Neugliederung der territorialen Verwaltungseinheiten zum Ziel hatte. Aufgrund des Verlustes der Regierungsgewalt nach dem ‚Jungtürken-Aufstand‘ 1955/56 blieb diese Reform jedoch Stückwerk.

Meyers behielt sein Landtagsmandat, folgte aber dem Ruf Adenauers nach Bonn, wo er als Wahlkampfleiter die CDU in die Bundestagswahl 1957 führte. Das Wahlergebnis brachte – nicht zuletzt aufgrund des ebenso eingängigen wie erfolgreichen Slogans ‚Keine Experi-

mente‘ – der Union die absolute Mehrheit und Meyers selbst ein Bundestagsmandat für den Wahlkreis Aachen-Stadt. Obwohl in der Folge bereits als einer der Kandidaten für die Nachfolge von Konrad Adenauer als CDU-Vorsitzender gehandelt, entschied sich Meyers nach dem deutlichen Wahlsieg der nordrhein-westfälischen CDU 1958 und dem plötzlichen Tod Karl Arnolds in die Landespolitik zurückzukehren, wo er sich gegen seine innerparteilichen Kontrahenten behauptete.

Als Ministerpräsident stellte er sich nicht zuletzt der Aufgabe, die beiden Landesteile des ‚Bindestrich-Landes‘ Nordrhein-Westfalen stärker miteinander zu verknüpfen und ein eigenes Landesbewusstsein in Nordrhein-Westfalen zu fördern. Diese Bemühungen stießen jedoch nur auf begrenzte Resonanz. Insbesondere sein Versuch, durch einen Landesorden das Gefühl einer kollektiven Identität zu stärken, erntete viel Spott und sorgte für ein bis heute anhaltendes, weitgehend antimodernistisches Bild von Franz Meyers. Erfolgreicher war der Ministerpräsident im Bereich klassischer Länderkompetenzen, so etwa in der Hochschul- und Kulturpolitik. Der Beschluss zur Errichtung der Universitäten in Bochum, Dortmund und Bielefeld fiel ebenso in seine Ägide wie die Grundlegung der hochkarätigen Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen.

Das Hauptproblem der Ära Meyer bildete die Bewältigung der Steinkohlenkrise und die Einleitung des Strukturwandels im Ruhrgebiet, denn die Kohlenhalden erreichten hier mittlerweile bedrohliche Höhen. Nicht zuletzt aufgrund konkurrierender Kompetenzen mit dem Bund, aber auch, weil man die Kohlenkrise nur als konjunkturelles Problem betrachtete, gelang es Meyers nicht, die Bergbaukrise zu meistern. Die Ansiedlung der Ruhr-Universität und des Opel-Konzerns in Bochum waren kaum mehr als die viel beschriebenen Ausnahmen. Auch die von Meyer angekündigte Verwaltungsreform sowie Pläne zu einer Neugliederung der Mittelinstanzen im Ruhrgebiet blieben im Sande stecken.

Fehlende politische Fortune, die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen des Jahres 1966 und eine kaum zu übersehende Amtsmüdigkeit waren Gründe für die Wahniederlage Meyers bei der Landtagswahl im Juli 1966, die unter bundespolitischen Vorzeichen stand. Obwohl nicht mehr stärkste Partei, setzte die CDU unter Franz Meyers mit äußerst knapper Mehrheit die Regierungskoalition mit den Liberalen fort. Auf welch tönernen Füßen aber die Regierung stand, zeigte die Abstimmung im Parlament. Es bedurfte eines zweiten Wahlgangs bis Franz Meyers als Ministerpräsident vereidigt werden konnte. Als kurz darauf in Bonn die Regierungskoalition aus Union und FDP zerbrach und die nordrhein-westfälische CDU sich ebenfalls anschickte, über eine große Koalition zu verhandeln, erwies sich die Landtagsfraktion der FDP einmal mehr als treibende Kraft. Gemeinsam schmiedeten der SPD-Landesvorsitzende Heinz Kühn und sein FDP-Amtskollege Willi Weyer im Dezember 1966 ein neues Regierungsbündnis. Franz Meyers, der gegen das sozial-liberale Misstrauensvotum kaum noch Widerstand leistete, wirkte nach seiner Demission resigniert. Zum viel zitierten Wort wurde seine Mutmaßung, dass am Rhein „30 Jahre schwedische Verhältnisse“ bevorständen. Versuche Meyers, bei der Landtagswahl 1970 erneut die Rolle des Spitzenkandidaten zu übernehmen, scheiterten, so dass er sich ganz aus der aktiven Politik zurückzog. Bis zu seinem Tod im Jahr 2002 meldete sich Meyers zwar immer wieder mit politischen Beiträgen zu Wort, stellte 1980 bzw. 1982 auch

seine zweibändigen Memoiren vor, fand aber kaum noch Resonanz im öffentlichen Bewusstsein.¹

Stefan Marx gebührt der Verdienst, den Lebensweg einer zentralen Persönlichkeit der jüngeren Landesgeschichte – weit über das hinaus, was Meyers selbst in seinen Erinnerungen dokumentiert – sorgfältig (nach-)gezeichnet zu haben. Marx liefert damit einen wichtigen Baustein zur noch jungen Geschichte Nordrhein-Westfalens, die sich auch in der Historiographie erst allmählich ihren Weg bahnt. Besondere Beachtung verdient das umfangreiche Quellenmaterial. Stefan Marx hat eine Vielzahl von Archiven aufgesucht und dabei zahlreiche Dokumente zu Tage gefördert, die auch für andere Problemkomplexe oder Studien zu spezifischen Politikfeldern Bedeutung haben. Spannend zu lesen sind auch die immer wieder eingestreuten Bezüge zur europäischen Integration, die verdeutlichen, dass für einen Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen – auch ohne zu diesem Zeitpunkt über ausgesprochene europapolitische Kompetenzen zu verfügen – die Frage der europäischen Einigung stets ein zentrales Bezugsfeld bildet.

Kritisch bleibt anzumerken, dass die mit über 500 Druckseiten bisher umfangreichste Biographie eines nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten gelegentliche Längen nicht vermeiden kann. Statt minutiös die politischen Ereignisse aus den Quellen zu verfolgen, hätte sich der Leser bisweilen an der einen oder anderen Stelle ein dezidiertes Urteil über die Politik und die Persönlichkeit Franz Meyers gewünscht. Stefan Marx deutet zwar an, dass Meyers ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein besaß, er großen Wert auf repräsentative Auftritte legte, und ihm auch ein Hang zum Populären nicht fremd war. Aber Interpretationsofferten und Charakterisierungen bleiben allzu oberflächlich und eindimensional. Kontinuitäten und Brüche in der Persönlichkeit werden ebenso wie die tief greifenden Gegensätze in der nordrhein-westfälischen CDU in den 1960er Jahren von Stefan Marx allzu stark von einer wohlwollenden Betrachtungsweise überschminkt.

Eine kritische Sympathie gegenüber ‚seinem‘ Ministerpräsidenten kann auch Dieter Düding nicht abgesprochen werden, der Franz Meyers Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten, Heinz Kühn, porträtiert. Der an der Universität Köln lehrende Historiker ist bereits mit zwei umfangreichen Werken zur sozialdemokratischen Landtagsfraktion in NRW zwischen 1946 und 1990 hervorgetreten, so dass Düding mit der Studie über Heinz Kühn nun gewissermaßen die exekutive Gegenseite sozialdemokratischer Landespolitik ausleuchtet.

Als Sohn eines einfachen – ursprünglich aus dem Sudetenland stammenden – Kölner Arbeiters, legte der 1912 geborene Heinz Kühn mit seinem Abitur sowie dem Studium der Staatswissenschaften und Nationalökonomie die Grundlage für seinen sozialen Aufstieg. Beeinflusst durch den führenden Kölner Reichstagsabgeordneten und Parteijournalisten Wilhelm Sollmann, trat Heinz Kühn 1930 in die SPD ein. Er engagierte sich stark im ‚Reichsbanner‘, wo er, im Gegensatz zu seinem Vorbild Sollmann, zunächst dem linken Spektrum der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nahe stand. Der Berufswunsch ‚Journalist‘ – in

¹ Vgl. Franz Meyers: *Jugenderinnerungen eines München-Gladbachers*, Düsseldorf 1980 und ders.: *Gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens*, Düsseldorf 1982.

der Weimarer Sozialdemokratie ein klassischer Pfad zu einer erfolgreichen Parteikarriere – war bei Heinz Kühn schon früh ausgeprägt. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung musste er jedoch bereits im Mai 1933 ins Exil flüchten. Über die Stationen Saarbrücken, das Sudetenland und Prag kam er schließlich nach Brüssel und Gent, wo er die Hitler-Diktatur trotz der ständigen Gefahr, verhaftet zu werden, überlebte. Mit seiner Arbeit für Untergrundzeitschriften gelang es ihm, Widerstandsorganisationen zu unterstützen und zugleich journalistisch tätig zu werden.

Im Dezember 1945 kehrte Kühn nach Deutschland zurück. Bei der von den Alliierten lizenzierten, traditionsreichen ‚Rheinischen Zeitung‘ erhielt Kühn eine Anstellung als Redakteur. Ebenso wie bei Wilhelm Sollmann wurde auch für Heinz Kühn die Pressearbeit nach dem Zweiten Weltkrieg zum Fundament der politischen Karriere. Auch wenn er von 1946 bis 1950 als Redakteur – zuletzt sogar als Chefredakteur – der Rheinischen Zeitung tätig war, rückte die aktive Politik immer stärker in den Vordergrund. Ihren Ausdruck fand diese Entwicklung im Jahr 1948 in Kühns Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag, in den er als Nachrücker für Willi Eichler gelangte. Als hauptamtlicher Geschäftsführer der Landtagsfraktion bestimmte die Parlamentsarbeit seit 1950 endgültig seine politische Karriere, in der die Schul- und Medienpolitik fortan Schwerpunkte bildeten. Ähnlich wie Franz Meyers gelang auch Kühn ein rascher innenparteilicher Aufstieg. Im Jahr 1953 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt, wo er als rhetorisch versierter Redner und durch den Kampf gegen Adenauers ‚Staatsfernsehpläne‘ auffiel, jedoch über eine Rolle in der zweiten Reihe nicht hinaus kam. Obgleich Dieter Düding ihm eine steile außenpolitische Karriere in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion verheißt und die Bedeutung des undogmatischen Parteiintellektuellen für den volksparteilichen Kurswechsel der SPD betont – nahm Kühn im Juli 1962 die Möglichkeit wahr, als sozialdemokratischer Spitzenkandidat nach Nordrhein-Westfalen zurückzukehren. Im gleichen Jahr wurde er auch Landesvorsitzender der SPD Nordrhein-Westfalens. Wie bei Franz Meyers blieb der Ausflug nach Bonn ein Zwischenspiel.

Es sollte aber noch bis 1966 dauern, bis der Rückkehrer Franz Meyers als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen ablöste. Gemeinsam mit den Liberalen bildete Kühn eine sozialliberale Koalition, deren erfolgreiche Zusammenarbeit auch als Vorbild für die Bundesebene galt. In Düsseldorf begann mit der Wahl Kühns zum Regierungschef eine für die SPD in den Flächenländern der Bundesrepublik beispiellose Erfolgsgeschichte. Wie für Meyers bildeten auch für Heinz Kühn der Strukturwandel im Ruhrgebiet, die Schul- und Bildungspolitik sowie die Verwaltungsreformen – hier insbesondere die kommunale Gebietsreform – Kernthemen und -herausforderungen seiner Regierungszeit. Seit Anfang der 1970er Jahre stieß Kühns Regierungspolitik indes auf den wachsenden parteiinternen Widerstand eines zunehmend an Einfluss gewinnenden linken Flügels in der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie. Mit seinem Rücktritt vom Landesvorsitz 1973 setzte ein schleichender Verlust seiner Autorität ein. Aufgrund flügelübergreifender Sachfragen bei der kommunalen Gebietsreform oder der Kohlepolitik erreichte der parteiinterne Richtungsstreit in der Düsseldorfer Landtagsfraktion zwar nie die Bedeutung wie in der Landespartei, ständig schwelende Konflikte machten das Regieren für Kühn jedoch zunehmend schwerer. Die vor allem in bil-

dingungspolitischen Fragen reformfreudige SPD-Landtagsfraktion zwang den gesundheitlich angeschlagenen Kühn im November 1976, einen Antrag zur Einrichtung der so genannten Kooperativen Schule („Koop-Schule“) in den Landtag einzubringen, der es ermöglichen sollte, Hauptschule, Realschule und Gymnasium für die Sekundarstufe I in Schulzentren unter einer gemeinsamen Leitung zusammenzufassen.

Angesichts einer weit verbreiteten Ablehnung weiterer bildungspolitischer Reformen in der Landesbevölkerung, unterstützte die nordrhein-westfälische CDU die Möglichkeit, außerparlamentarisch gegen die Koop-Schule vorzugehen. Gemeinsam mit den Christdemokraten wehrte sich eine neu gegründete ‚Bürgeraktion‘ in einer wahlkampfähnlichen Mobilisierungskampagne gegen die von der sozialliberalen Regierung geplante Einführung der Kooperationschulen. Von der Bürgeraktion wurde ein von der Verfassung vorgesehenes Volksbegehren initiiert. Aufgrund der Beteiligung von 3,6 Millionen Bürgerinnen und Bürgern Nordrhein-Westfalens und damit fast 30 % der Stimmberechtigten – notwendig war lediglich ein Quorum von 20 % – verzichtete die Regierung darauf, den vorgesehenen Volksentscheid einzuleiten, sondern brachte das bereits verabschiedete Gesetz auf dem parlamentarischen Weg zu Fall.

In Ergänzung zu dem gescheiterten Bürgerbegehren war es der Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden der Westdeutschen Landesbank, Ludwig Poullain, der Kühn in politische Bedrängnis brachte. Obwohl gegen Poullain seitens der Staatsanwaltschaft wegen Korruption ermittelt wurde, hatte der Verwaltungsrat der Landesbank – darunter auch Landesminister aus dem Kabinett Kühn – einer Vertragsverlängerung Poullains zugestimmt. Da nicht nur Minister, sondern auch Kühn selbst zu diesem Zeitpunkt aber bereits über die Vorwürfe informiert waren, erhob sich lautstarke Kritik an der Landesregierung, die vor allem auf Kühn zurückfiel. Angesichts der zeitlichen Nähe zum Volksbegehren gegen die Koopschule blieb dem politisch angeschlagenen Kühn nur noch die Möglichkeit eines halbwegs geordneten Rückzugs. Mit der Wahl von Johannes Rau, der ihn auch schon in der Funktion als Landesparteichef beerbt hatte, vollzog sich im September 1978 eine Wachablösung in der nordrhein-westfälischen SPD. Heinz Kühn schied noch im gleichen Jahr auch aus dem nordrhein-westfälischen Landtag aus.

Anders als bei Franz Meyers bedeutete der Rückzug aus der Landespolitik, trotz erheblicher gesundheitlicher Probleme, jedoch nicht das Ende der politischen Karriere von Heinz Kühn. Im November 1978 wurde er von Helmut Schmidt zum Ausländerbeauftragten der Bundesregierung ernannt – ein Amt, das Kühn bis zum Herbst 1980 ausübte. Später trat dann seine Arbeit im ersten direkt gewählten Europäischen Parlament, in das er 1979 für eine Legislaturperiode entsendet wurde, in den Vordergrund. Zudem fand er noch Zeit, seine zweibändigen Lebenserinnerungen zu verfassen.¹ Nach dem Tod von Alfred Nau übernahm Kühn schließlich im Juni 1983 den Vorsitz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, die er bis Ende 1987 leitete. Die letzten Lebensjahre bis zu seinem Tod im März 1992 verbrachte Heinz Kühn zurückgezogen und gesundheitlich schwer angeschlagen in seiner Heimatstadt Köln.

¹ Vgl. Heinz Kühn: *Widerstand und Emigration. Die Jahre 1928, 1945, Hamburg 1981* und ders.: *Aufbau und Bewährung. Die Jahre 1945–1978, Hamburg 1981*.

Die beiden Biographien von Stefan Marx und Dieter Düding bilden nicht nur aufgrund ihres Sujets und der Publikation in den „Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens“, sondern auch aufgrund ihrer Struktur eine Einheit. Düdings Studie ist ebenfalls aus den Quellen gearbeitet, sie liefert gleichermaßen Erkenntnisse über eine Vielzahl weiterführender Themen nordrhein-westfälischer Landesgeschichte, sie ist genauso umfassend und detailreich und verzichtet – leider – ebenfalls auch auf eine Gesamtwürdigung des Ministerpräsidenten. Hervorzuheben an Düdings durchweg gut lesbarer Arbeit ist die stärkere Distanz und das detailreichere biographische Bild gegenüber der Studie von Marx. Zu monieren sind bei Düding allein gewöhnungsbedürftige Formulierungen wie „Journalismus-Freak“ (S. 55) und die Auswahl der im Anhang abgedruckten Briefe Kühns, die wissenschaftlich eher untergeordnete Relevanz haben.

Neben den Biographien von Franz Meyers und Heinz Kühn finden sich die Lebensläufe aller nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten auch in einer Darstellung der beiden Düsseldorfer Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann und Patrick Brandenburg zur NRW-Landesgeschichte. Mit insgesamt 15 pointierten Abhandlungen zielen Alemann und Brandenburg nicht auf ausführliche Einzeluntersuchungen, sondern auf eine Überblicksdarstellung zur Geschichte und Gegenwart Nordrhein-Westfalens. Dieser Anspruch wird erfolgreich eingelöst. Die beiden Autoren legen eine flüssig geschriebene moderne Landeskunde vor, die als gelungene Synthese von historischer und politikwissenschaftlicher Studie, von wissenschaftlicher Detailforschung und essayistischem Aufriss sowie von personen- und strukturorientierter Herangehensweise betrachtet werden kann.

Verbindendes Element ihrer Studie ist die Frage, inwieweit Nordrhein-Westfalen bisher eine eigene Identität entfalten konnte und welches Profil das Land zu Beginn des 21. Jahrhunderts entwickelt hat. Folgt man den Arbeiten von Marx und Düding, so blieben die Bemühungen der Ministerpräsidenten Meyers und Kühn, ein solches Landesbewusstsein zu forcieren, trotz aller Anstrengungen weitgehend erfolglos. Auch Alemann und Brandenburg kommen zu einem vergleichbaren Urteil, denn sie verweisen darauf, dass die eher traditionellen Methoden der Staatssymbolik – wie Landeswappen und Landesorden – bis Mitte der 1980er Jahre nur begrenzten Niederschlag gefunden haben und sich eine Mehrzahl der Menschen in Nordrhein-Westfalen stärker über die Kommune oder über die ‚kleinräumige‘ Region (etwa das Rheinland) definiert, kaum aber über das Land Nordrhein-Westfalen. Auch die partizipativen Elemente, die bei Alemann und Brandenburg zwar genannt, aber nicht erläutert werden, haben nicht zu einem stärkeren Landesbewusstsein beitragen können. Erst eine gelungene Öffentlichkeitsarbeit – vor allem die von der Staatskanzlei unter dem Slogan ‚Wir in Nordrhein-Westfalen‘ zur Mitte der 1980er Jahre initiierte Identitätskampagne trug dazu bei, dass in den Umfragen der 1990er Jahren ein weitaus stärkeres Landesgefühl zum Ausdruck kam.

Die Möglichkeit direkter politischer Partizipation in Nordrhein-Westfalen durch ein Bürgerbegehren bzw. einen Bürgerentscheid ist – für die kommunale Ebene – das Thema einer politikwissenschaftlichen Untersuchung von Andreas Kost. Der bereits durch zahlreiche Arbeiten zu Elementen der direkten Demokratie hervorgetretene Autor verzichtet in seinem knappen historischen Abriss leider darauf, die Entwicklung auf Landesebene zu berücksichti-

gen, so dass es – mit Blick auf Heinz Kühns Demission – offen bleiben muss, ob etwa die sozialdemokratischen Erfahrung mit dem Bürgerbegehren über die Koop-Schule ein Grund für die zögerliche Haltung der SPD-Landesregierungen gegenüber diesem Instrumentarium war und das Bürgerbegehren so erst 1994 Verankerung in der Gemeindeordnung fand.

Die Forschungen von Kost sind vor allem auf die Bedingungsfaktoren und die Auswirkungen der partizipativen Mitwirkung der Bevölkerung konzentriert. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die institutionellen Hürden für ein Bürgerbegehren in den nordrhein-westfälischen Kommunen vergleichsweise hoch sind, diese jedoch – auch angesichts der dosierten Anwendung durch die Bürger – bisher eher entlastende und legitimationsstiftende Wirkung entfaltet haben. Andreas Kost sieht das demokratische Potential vor allem auf die Gemeinden gerichtet, während eine stärker kommunikative Teilhabe in größeren Gebilden – die jedoch von ihm nicht explizit untersucht werden – problematisch erscheint. Ob durch Bürgerbegehren auch eine stärkere Landesidentität geweckt werden kann, bleibt infolgedessen in Frage zu stellen.

Dass eine solche Landesidentität mittlerweile zweifelsfrei existiert, davon zeugte der Landtagswahlkampf 2005, in dem keine Partei sich scheute, das nordrhein-westfälische Landeswappen offensiv zum Einsatz zu bringen. Inwiefern die Landesidentität indes auch durch die lange Parteikontinuität in der Regierungsverantwortung geprägt wird, kann erst die Zukunft zeigen. Die biographischen Darstellungen von Marx und Düding wie auch die Landeskunde von Brandenburg und von Alemann verdeutlichen jedenfalls, dass die Forschung zur Landeszeitgeschichte des Westens mittlerweile einen beträchtlichen Grad an Differenzierung erreicht hat. Angesichts der eingehenden Behandlung von Themen wie Hochschulfinanzierung, Regionalverkehr, Kohlesubventionen und Strukturpolitik sowie der Reform der Regierungsbezirke, die als Problemfelder des Landes auch heute nicht gerade unbekannt sind, unterstreichen die Studien zugleich aber die Notwendigkeit weiterer systematisch-struktureller Forschungen.¹

Jürgen Mittag

¹ Vgl. zum vergleichsweise gut untersuchten Aspekt der Strukturpolitik jetzt auch Stefan Goch (Hg.): *Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen*, Münster 2004.